

# Dresdner Nachrichten

### Gegründet 1856

Verleger: Robert Schmidt, Dresden  
Herausgeber: Hermann Schmidt, Dresden  
Redaktion: Hermann Schmidt, Dresden  
Druck: Hermann Schmidt, Dresden

Verantwortlich für Inhalt: Hermann Schmidt, Dresden  
Verantwortlich für Anzeigen: Hermann Schmidt, Dresden  
Verantwortlich für Abrechnung: Hermann Schmidt, Dresden  
Verantwortlich für Werbung: Hermann Schmidt, Dresden

Druck: Hermann Schmidt, Dresden  
Herausgeber: Hermann Schmidt, Dresden  
Redaktion: Hermann Schmidt, Dresden

## Programmrede des Reichsinnenministers

### Der Kampf um Preußen

Selt Jahren besteht der unerträgliche Zustand, daß die Regierungen des Reiches und Preußens, die auf beiden Seiten der Wilhelmstraße in Berlin sich gegenüber befinden, nicht miteinander, lieber in guten Zeiten neben- und in schlechten gegen einander arbeiten. In den belagerungsartigen Ministerien wurde ein großer Teil der Arbeitskraft darauf verwendet, die Schwierigkeiten und Reibereien, die sich aus diesem Zustand ergeben haben, wieder zu beseitigen. Diese Schwierigkeiten wuchsen, als die Sozialdemokratie nach ihrem Ausscheiden aus der Reichspolitik Preußen zu ihrem politischen Bollwerk ausbaute. Jetzt wurden die preußischen Machthaber, namentlich Brauns, Severing und Grzesinski, aus ursprünglich zentralistischen Unitarier Partikularisten. Preußen verwandelte sich aus dem Träger des Reichsgedankens, der es unter der Weimarer Verfassung gewesen war, zum Rivale desselben. In der Weimarer Verfassung war ein Konflikt oder überhaupt Reibungen des bürokratischen Apparates undenkbar, weil der Reichskanzler zugleich preußischer Ministerpräsident war, unabhängig davon, ob er seiner Herkunft nach Preuse oder gar Bayer war. Dadurch war in gewisser Weise die deutsche Hauptmacht Preußen, ohne daß ein Konfliktstoff entstehen konnte, unlösbar in das Reich eingebaut. Jetzt dagegen wuchsen die Schwierigkeiten ins Ungemessene, sobald der politische Kurs im Reich und Preußen verschiedenartig ist. Diese Gegenstände waren oberflächlich überdeckt, so lange Sozialdemokratie und Zentrum sich zu Brüllingszeiten gegenseitig ihre Wächtersphären garantierten. Die Sozialdemokratie bekam Preußen und das Zentrum das Reich. Als aber die Stellung der Sozialdemokratie durch die Preußenwahlen erschüttert und vollends das Zentrum durch die Entlassung Brüning's aus der Reichspolitik ausgekollert wurde, mußte der Konflikt mit elementarer Naturwendigkeit zum offenen Durchbruch kommen. Denn Zentrum und Sozialdemokratie suchten jetzt die preußische Wächtersphäre gemeinsam dadurch zu halten, daß das in der Schlichtstellung stehende Zentrum die Wahl eines nationalen preußischen Ministerpräsidenten verhinderte, um den Bestand des Kabinetts Brauns als geschäftsführendes Ministerium zu sichern.

Über dieser klugen Plan muß daran festhalten, daß die Reichsregierung alle ihre Maßnahmen, sowohl hinsichtlich der Freiheit des Wahlkampfes, als auch hinsichtlich ihrer Verwaltungstätigkeit nicht durch den Widerstand einer geschäftsführenden Regierung, die im Gegensatz zur Volksmehrheit steht, beeinträchtigen lassen kann. Dinge, die die preußische Regierung offensichtlich den Aufgaben ihres Staatsaufbaus nicht mehr aus eigener Kraft vorzunehmen vermag, hat Preußen bereit sich darauf, daß es mit dem zurückgetretenen Kabinetts Brüning eine Vereinbarung getroffen habe, wonach es gegen Übergabe von Aktien seiner Sechsbund die zur Deckung des Staatshaushalts notwendigen hundert Millionen erhalten solle. Die Reichsregierung war nicht gelungen, diese Erbschaft zu übernehmen, zumal keine schriftlichen Abmachungen vorliegen. Sie hat ja auch keinen Grund, sich wie Brüning, durch Zusicherungen an Preußen, die zugleich eine ungerichtete Veneinteilung anderer Länder darstellen, die gute Laune der in Preußen herrschenden Sozialdemokratie zu erhalten. Papen ging vielmehr den einzig richtigen Weg. Er wandte sich an den preußischen Landtagspräsidenten mit der Bitte, die verfassungsmäßige Wahl eines preußischen Ministerpräsidenten zu beschleunigen, um die Bildung einer verhandlungsfähigen preußischen Regierung zu ermöglichen. Die Linke hat in diesem Schritt sofort die Drohung gewittert, Papen sei entschlossen, für den Fall des Nichterfolgens der Wahl einen Staatskommissar für Preußen einzusetzen. Ein heftiges Störungsfeuer der Linkspresse war die Antwort. Sie erklärte, die Einsetzung eines Staatskommissars sei verfassungswidrig, denn es sei ja ein geschäftsführendes Ministerium vorhanden. Dem wäre zunächst einmal entgegenzusetzen, daß die Bedenken der Linken ganz jungen Datums sind. Denn in derselben Presse wurde vor noch nicht langer Zeit mit unerbittlicher Genauigkeit der Plan Brüning's zur Kenntnis genommen, einen Reichskommissar in Preußen einzusetzen für den Fall, daß eine Reichsmehrheit im neuwählenden Preußenlandtag das ehemalige Reichskabinetts in der Planke gefährden sollte. Jetzt aber soll ein Reichskommissar, der dem Wehrheitswillen des Volkes Rechnung trägt, der die preußischen Finanzen sichern, und die ungehinderte Durchführung des Wahlkampfes gewährleisten, verfassungswidrig sein? Auch die Beziehung auf die anderen Länder mit geschäftsführenden Kabinetts ist nicht haltbar, weil nirgends, mit Ausnahme Preußens, eine einheitliche Parteilregierung im offenen Gegensatz zur Volksmehrheit die Geschäfte führt. Die rechtlichen Voraussetzungen eines Reichskommissariats sind überdies verfassungsmäßig gegeben, wenn Preußen die ihm aus der Verfassung und den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht mehr zu erfüllen vermag, und nach Artikel 48 eine Verfassung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung eintritt, die schon darin gesehen werden muß, wenn die Finanzen in einen solchen krisenhaften Zustand geraten, der die Zahlungen des Staates unmöglich macht.

Die Möglichkeit eines Reichskommissariats hat die Weimarer Regierung nunmehr veranlaßt, durch Notverordnung

### Die Weimarer Verfassung reformbedürftig

Berlin, 8. Juni. Der Reichsrat hielt am Donnerstag nachmittags seine ständige wöchentliche Vollversammlung ab. Der diesmal aber deshalb besondere Bedeutung zuzumessen, weil der neue Innenminister Freiherr von Gaus die Gelegenheit benutzte, um sich als neuen Vorsitzenden des Reichsrates vorzustellen.

Da bekannt geworden war, daß der Minister über die Begrüßungsworte hinaus auch zu größeren politischen Ausführungen das Wort nehmen würde, war der Andrang zu der Reichsratsversammlung außerordentlich stark. Die Sitzung wurde, wie es auch bisher schon wiederholt bei außerordentlichen Anlässen der Fall gewesen ist, in den großen Zuschauerraum des Reichstages verlegt.

#### Reichsinnenminister Freiherr von Gaus

eröffnete die Reichsrats-Sitzung. Nach einleitenden persönlichen Worten der Erinnerung und des Dankes an die Mitglieder des Reichsrates, dem der Minister seit ein Jahr als Bevollmächtigter seiner Heimatprovinz Ostpreußen angehört hat, führte der Minister aus, daß ihn nicht Ehrgeiz und Machtstüben zur Übernahme des Ministerpostens getrieben hätte, sondern einzig und allein das Gefühl der Pflicht, in dieser Zeit dem Rufe des Reichspräsidenten zu folgen.

Ich war um so überraschter von diesem Rufe, als ich seit genau einem Jahre nicht mehr die Ehre und die Freude gehabt hatte, den Herrn Reichspräsidenten zu sehen und zu sprechen, mit dem mich vom Kriege her das Gefühl tiefster persönlicher und vaterländischer Verehrung verbindet. Es ist mir eine besondere Ehre und Freude, der Minister zu sein, dem die Pflege der Beziehungen zu den deutschen Völkern vornehmlich obliegt und der in erster Reihe bemüht ist, unter ihnen den Vorstoß zu führen. Selen Sie überzeugt, daß ich von dieser Pflicht tief durchdrungen bin, und erhalten Sie mir in meiner neuen Stellung gegenüber dem Reichsrat das Vertrauen, das Sie mir als Mitglied unter ihnen bisher so freundlich bewiesen haben. Ich habe erkannt, daß

die härtesten Kräfte unseres Volkes in dem Heimatboden und der Liebe zur angestammten Heimat wurzeln, daß die Eigenart der deutschen Stämme etwas Heiliges ist, was des Verständnisses und liebevoller Pflege bedarf.

und daß der kulturelle Hochstand unseres Volkes nicht der Fruchtung von einer Zentrale, sondern der Mannigfaltigkeit des Lebens in den einzelnen deutschen Ländern sein Dasein verdankt. Wir werden daher die Eigenart des Eigenlebens der deutschen Völker selbstverständlich nicht antasten.

Ihr Preußen erwarten wir besonders das rasche Zustandekommen einer verfassungsmäßigen Regierung, von der wir hoffen, daß sie in den großen Fragen der Nation mit der Reichsregierung übereinstimmen und in lebendiger Fühlung mit uns arbeiten wird. Aus dieser Ueberzeugung heraus werde ich die

#### Aufgabe der Reichsreform

anfaßen. Es ist noch nicht die Zeit gegeben, auf diesem Gebiet eine Stellungnahme der Reichsregierung auszusprechen. So dringend diese Reform auch ist, und so sehr sie zusammenhängt mit den notwendigen Maßnahmen zur Vereinfachung und Vertiefung der öffentlichen Verwaltung, so liegen heute dringendere Aufgaben vor, deren Lösung die Stunde gebietet. Das bedeutet für uns die Aufgabe der Reichsreform. Die Reichsregierung kann aber die dringenden Fälle ihrer Aufgaben nur schrittweise lösen. Das gleiche gilt von der Verfassungsreform.

nung, die eine Schlaftafel und nicht unerhebliche Gehaltskürzungen vorseht, aus eigener Kraft den Staat zu sanieren. Aber der Versuch des preußischen Kabinetts, sich auf diese Weise zu retten, hat wenig Aussicht auf Erfolg. Durch Urteil des Staatsgerichtshofes ist bereits klargestellt worden, daß die Landtage das Recht haben, Landesnotverordnungen außer Kraft zu setzen. Die höchst unpopuläre Notverordnung der preußischen Regierung wird deshalb mit Sicherheit bereits in der nächsten Sitzung des Landtages, durch eine Mehrheit aus Deutschnationalen, Nationalsozialisten und Kommunisten aufgehoben werden. Damit ist zugleich erwiesen, daß die geschäftsführende Regierung tatsächlich geschäftsunfähig ist.

Das Staatskommissariat wäre damit unvermeidlich geworden, wenn man nicht aus der Entwicklung der letzten Tage die Hoffnung schöpfen dürfte, daß das Zentrum um nach dem ersten blinden Horn aber die Entwicklung im Reich wieder Vernunft annimmt. Es beginnt nämlich einzusehen, daß ein Festhalten am Kabinetts Brauns nur die Folge hat, daß es wie im Reich, auch in Preußen auf dem Weg über das unvermeidlich drohende Staatskommissariat ausgeht. Deshalb zeigen sich die Zentrumsführer einer Koalition mit den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten neuerdings auffallend geneigt. Es handelt sich augenblicklich zur Zeit nur noch darum, wie die Ministerliste verteilt werden sollen. Das Zentrum hat einen Vorschlag gemacht, der dahin lautet, einen Deutschnationalen zum Ministerpräsidenten zu wählen, der je drei Nationalsozialisten und Zentrumskräfte zu Ministern ernannt, so daß keine Partei im Kabinetts die anderen nieder-

Die Weimarer Verfassung, die Grundlage unseres öffentlichen Lebens, deren Alter ich als Reichsinnenminister pflichtgemäß bin, ist seit ihrem Bestehen vielfach durch die Befehlsgewalt durchdrungen und nach unbeschränkter Ansicht weitestgehend aller politischen Richtungen reformbedürftig.

Verfassungen sind nicht harte Idole, sondern lebendige Wesen und der Entwicklung unterworfen. Wir werden auch auf diese Aufgabe mit Ernst und Eifer herangehen. Zweierlei aber muß ich in diesem Zusammenhang besonders betonen: Das Verbot von einer geplanten Änderung der Verfassung in der Richtung der

#### Wiederaufrichtung der Monarchie ist ein törichtes und schädliches Geschwätz.

Ich würde mir erbärmlich vornehmen, wenn ich auf dem Ministerstuhl verstanden würde, meine persönliche, nicht nur angeborene und anerzogene, sondern in langen Jahren auch selbst erworbene Ueberzeugung zu verkümmern, daß die Monarchie für die angestammte Staatsform für ein Volk, inmitten des Herzens von Europa halte, und daß ich, geschichtlich gesehen, mir der Verdienste des bisherigen Königs- und Kaiserhauses um das deutsche Volk stets dankbar bewußt bin. Ich bin aber der Ueberzeugung, daß in diesen Zeiten des Kampfes um Sein oder Nichtsein die Frage der Staatsform, Republik oder Monarchie, keine Frage ist, die unsere Zeit, geschweige denn die gegenwärtige Reichsregierung zu lösen haben.

Wir sind mit dem ganzen Volke heute so mit Rechten und Pflichten durchdrungen, daß wir erst versuchen müssen, dieser Bürden ledig zu werden, ehe wir überhaupt die Möglichkeit haben, uns mit der Staatsform zu befassen.

#### Oder als die Form steht der Staat der Deutschen, den zu retten unsere einzige Pflicht ist.

Ich denke als Verfassungsminister nicht daran, unser Volk durch Ausrottung der Frage der Staatsform in neue Verwirrung zu bringen, und ich verbitte mir deutlich jeden Zweifel an meiner in die Hand des Herrn Reichspräsidenten gelobten Verfassungstreue. So wie ich denken der Herr Reichskanzler und die übrigen Mitglieder des Kabinetts unter bewußter und pflichtgemäßiger Hinanzsetzung aller persönlichen Anschauungen und Gefühle.

Zum zweiten ein Wort über die angebliche reaktionäre Einstellung des Kabinetts und meiner Person. Wir müssen die nun einmal in die Hand des Herrn Reichspräsidenten als reaktionär mit Würde und einem gewissen Humor tragen, bis das deutsche Volk einmal erkennt, wie falsch diese Kennzeichnung gewesen ist. Wir stehen alle im Leben und sind bis zu dieser Stunde in Verbindung gewesen mit dem Leben unseres Volkes und gebeten es auch zu bleiben. Wir wissen, daß man Vergangenes nicht wiederherstellen kann, wie man Ruinen nach alten Plänen und Bildern wieder aufbaut. Ein Volk ist ein Lebewesen, das sich täglich zum Leben weiter entwickelt und das niemals stillstehen oder sich zurückentwickeln kann zu einem gewissen Zustand. Wir wollen denken, daß unser Volk lebt und einer besseren Zukunft entgegengeht. Darum wollen wir einen

#### organischen Fortschritt und keinen Rückschritt.

Wir tragen bei dieser Arbeit nicht die uns angeblich den Schenkklappen. Wir sind keine Vertreter einzelner Standes- oder Berufsinteressen, sondern Volksgenossen, deren Sorge und Liebe jedem einzelnen Volksgenossen gehört, erwachsen aus der Liebe zu unserem Volke und unserem Vaterlande. In den tiefsten und schönsten Erlebnissen meines Lebens gehören die Zeiten, in denen ich im Kriege monatlang mit deutschen Männern aller Klassen und Berufe den Untert-

nehmen könnte. Die Nationalsozialisten verlangen jedoch als die weitaus stärkste Gruppe des Ministerpräsidiums für sich, während die Deutschnationalen selbst gar kein besonderes Interesse haben, den Nationalsozialisten den Vortritt zu bestreiten. Undschadet dem Ausgang der Verhandlungen hat also der Wink Papens mit dem Staatskommissar die erfreuliche Folge gehabt, daß das preußische Zentrum seine ursprüngliche Abneigung gegen eine Rechtskoalition in eine grundsätzliche Verleumdung gewandelt hat. Ueber die Ministerien wird man sich schließlich auch noch einigen. Die Reichsregierung hätte dann ihr Ziel erreicht: eine Rechtsregierung, von der sie keine politischen Störungen zu befürchten brauchte, und darüber hinaus winkt sogar der Preis, das Zentrum wiederum einhergehen gebunden zu haben. So besteht Hoffnung, daß der Kampf um Preußen wesentlich freundlicher ausgeht, als die aufgeregte Agitation der Linken wahrhaben will.

Heute: **D.N.** - Kraftfahrer  
Seite 9 und 10